

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 29. Juni 2016

GRÜNE lehnen Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf ab - mehr Umwelt-, Gesundheits- und Lärmschutz für die Menschen im Rhein-Kreis Neuss

Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss lehnt die vom Flughafen Düsseldorf beantragte Kapazitätserweiterung entschieden ab!

Der Flughafen Düsseldorf agiert in einer der Menschen und Umwelt gegenüber rücksichtslosen Art und Weise, wenn er seine Kapazitäten erweitern will. Insbesondere ist eine Verdichtung in den ohnehin verkehrsreichen Monaten, faktisch ohne Festlegung von Grenzwerten, geplant, verbunden mit zusätzlichen Belastungen in den späten Abendstunden und frühen Morgenstunden. Weder die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, noch die Ausnutzung der bestehenden Genehmigung hat der Flughafen darlegen können.

Das Engagement von zahlreichen Initiativen in den Städten rings um den Flughafen Düsseldorf (im Rhein-Kreis Neuss seien nur die „Bürger gegen Fluglärm“ und die „Kaarster gegen Fluglärm“ exemplarisch genannt) wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt, ebenso wie der Zusammenschluss der Kommunalverwaltungen im gemeinsamen Vorgehen gegen den Flughafen und die zahlreichen (oftmals) einstimmigen Resolutionen in den Stadträten der umliegenden Städte. Die Belastungen durch Lärm und Abgase führen nachweislich zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Verminderung die Lernleistung bei Kindern. In einer so dicht besiedelten Region kann nicht die wirtschaftliche Lobby für ein Unternehmen über den Interessen von Hunderttausenden stehen.

Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss fordert:

- mehr Engagement von Unternehmen und Landesregierung zur Vermeidung von Flügen und der Verlagerung von Flugverkehren auf die Schiene
- die strikte Einhaltung Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Düsseldorf
- die drastische Erhöhung von Strafzahlungen für Verspätungen
- Besteuerung von Kerosin, inklusive Ökosteuer und
- Erstellung eines Luftverkehrskonzeptes im Bund und Land, das die Umwelt-, Gesundheits- und Lärmschutzinteressen der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Entsprechend diesen Forderungen soll sich der Kreisvorstand, sollen sich die Landtagsabgeordneten und Landtagskandidat/innen einsetzen.